

Gemeinderat bleibt bei „Nein“

Wendlinger Zeitung, 01.12.2016, von Gaby Kiedaisch

Nachdem das Quorum von 20 Prozent beim Bürgerentscheid nicht erreicht wurde, hatte jetzt der Gemeinderat das letzte Wort

Nach der Gemeindeordnung hat der Gemeinderat über die Angelegenheit zu entscheiden, wenn beim Bürgerentscheid die erforderliche Mehrheit nicht erreicht worden ist. Dies hat er in der Sitzung am Dienstag getan. Einstimmig brachte er dabei zum Ausdruck, dass er sich nicht für die Erhaltung der Johanneskirche als Bestandteil eines Gemeindezentrums einsetzen wolle.

WENDLINGEN. Im Beisein von drei Mitstreitern der das Bürgerbegehren initiierten Initiative Pro Johanneskirche und Freundeskreis entschied sich der Gemeinderat in der Sitzung für „Nein“. Und blieb damit bei seiner Haltung wie schon im Vorfeld zum Bürgerentscheid am 6. November. Bürgermeister Steffen Weigel bezog sich bei seiner Erklärung auf die frühere Stellungnahme der Stadt und des Gemeinderats zum Bürgerentscheid. Hier seien alle Argumente enthalten, die nach wie vor ihre Gültigkeit hätten. „Seither haben sich auch keine neuen Erkenntnisse ergeben“, erklärte er die Entscheidung.

In der Stellungnahme bezog sich die Stadt unter anderem auf die für alle staatlichen Ebenen gültige strikte religiöse Neutralität, die ihr es nicht erlaube, hier eine eigene Haltung zu haben. Baurechtlich gesehen sei das Kirchengebäude so zu behandeln wie jedes andere Gebäude auch. Auch aus städtebaulicher Sicht gäbe es nicht nur eine, sondern immer mehrere gute Lösungen, weshalb sich der Gemeinderat nicht für die eine einsetzen könne. Stadt und Gemeinderat hätten keinerlei Zuständigkeit.

Neue Erklärung der beiden Initiativen sorgt für Verstimmung

Seinen Unmut zeigte der Bürgermeister anschließend hinsichtlich einer gemeinsamen Erklärung von Freundeskreis und der Initiative Pro Johanneskirche, worin sie sich unter anderem auf den Abend des Bürgerentscheids bezogen. In dem Schreiben, das auch unserer Zeitung vorliegt, heißt es, dass damals der Bürgermeister seine Bereitschaft erklärt habe, zu einem Treffen mit einem Mediator einzuladen. Wie es in dem Schreiben weiter heißt, war den beiden Initiativen „bereits vor dem Bürgerentscheid klar, dass der Frieden in der evangelischen Kirchengemeinde unabhängig vom Ergebnis der Bürgerentscheids nicht ohne Weiteres wieder einkehrt“. Deshalb sollte aus ihrer Sicht „möglichst mit Hilfe eines neutralen Mediators ein Prozess in Gang kommen, der in absehbarer Zeit zum Ausgleich und Frieden in der Kirchengemeinde führt“.

Weigel schilderte die Situation am 6. November so: Es sei ein Mitglied des Freundeskreises auf ihn zugekommen, von dem er gefragt wurde, ob er für ein Gespräch bereit sei. Nachdem dies grundsätzlich seine Art sei, dem nachzukommen, habe er eingewilligt. „Was allerdings daraus gemacht worden ist, entspricht nicht der Intention meinerseits“, sagte Weigel mit einer gewissen Schärfe im Ton. Er habe nie gesagt, dass er zu einer Mediation einladen werde, auch nicht, dass er den Prozess

weiterführen wolle. Die Frage gehöre vielmehr an die evangelische Kirchengemeinde gerichtet und sollte dort entschieden werden.

Inzwischen sei er auch von Professor Dr. Thomas Erne angefragt worden, ob er zu so einer Mediation einladen werde. Erne ist Leiter des Instituts für Kirchenbau an der Universität Marburg und war davor Pfarrer an der evangelischen Kirche in Köngen. Erne hatte sich auf Anfrage der beiden Initiativen bereit erklärt, die Rolle des Mediators unter zwei Bedingungen zu übernehmen. Eine Voraussetzung war die, dass Bürgermeister Weigel zu einem solchen Gespräch einlädt.

In der Sitzung machte Bürgermeister Steffen Weigel unmissverständlich deutlich, dass er sich von keiner Seite instrumentalisieren lasse. „Die Zahlen des Bürgerentscheids sprechen eine eindeutige Sprache“, betonte Weigel. „Dazu gibt es nichts weiter zu sagen.“